

Basisrechte für deutsche Volksgruppen in Slowenien



VON JOSEF FELDNER

Der vom slowenischen Staatspräsidenten Danilo Türk beim jüngsten Besuch in Österreich geübten Kritik wegen der nach wie vor ungelösten Kärntner Ortstafelfrage hält der KHD die bisher vergeblichen Appelle Österreichs an Slowenien entgegen, den Weiterbestand und die natürliche Entwicklung der heute nur mehr einige Tausend Personen umfassenden autochthonen deutschen Volksgruppe mit der Zuerkennung von Basisrechten sicherzustellen.

Wenn Sloweniens Staatspräsident zweisprachige Ortstafeln in Kärnten als „lebenswichtige Teile des bilateralen Verhältnisses“ bezeichnet und in diesem Zusammenhang in Kärnten eine „anachronistische Situation“ („Die Presse“ vom 5. Juni 2010)

Nun sollten aber endlich auch Taten folgen.

zu erkennen glaubt, so muß auch die Weigerung Sloweniens, seine heute nur mehr als kleine Restbevölkerung bestehende autochthone deutsche Volksgruppe verfassungsrechtlich anzuerkennen und damit deren Überleben zu sichern, als „anachronistisch“ gesehen werden, zumal die in gewissen slowenischen Kreisen geäußerte Angst vor einer Germanisierung ebenso absurd ist, wie Ängste in Kärnten vor einer Slowenisierung Südkärntens durch einige Dutzend zusätzliche zweisprachige Ortstafeln.

Der Kärntner Heimatdienst hat sich in den letzten Jahren engagiert für die verfassungsrechtliche Anerkennung der deutschen Volksgruppe in Slowenien eingesetzt und wir haben auch die Absichtserklärungen des slowenischen Staatspräsidenten gewürdigt, sich der Sache der deutschsprachigen Volksgruppe annehmen zu wollen. Nun sollten aber endlich auch Taten folgen. Dazu gehört auch ein gegenseitiges Bemühen beider Staaten zum Abbau von historischen, heute anachronistischen Ängsten:

Das sind in Kärnten die Beseitigung der „Urangst“ durch Sachaufklärung der Grenzbevölkerung über die Ortstafelfrage und in Slowenien die vollständige Aufdeckung der in den 70er Jahren vom jugoslawischen Geheimdienst zur Destabilisierung Kärntens inszenierten Sprengstoffanschläge, sowie der Verzicht auf Aussagen, wie „1920 wurde Kärnten Slowenien weggenommen“ (Ex-Ministerpräsident Janez Janša), die den Verständigungsbemühungen der Konsensgruppe in Kärnten zuwiderlaufen.

Wir werden es nicht mehr länger hinnehmen, daß der Kärntner Heimatdienst weiterhin von der Mitgestaltung der Landesfeiern im Jubiläumsjahr ausgeschlossen bleibt. Entgegen der Zusicherung von Landeshauptmann Gerhard Dörfler wurde der KHD weder in die Gespräche zur Vorbereitung der Landesfeiern in Erinnerung an die Kärntner Volksabstimmung am 10. Oktober 1920 eingebunden noch eingeladen, an den Gedenkfeiern des Landes mitzuwirken.

Völlig absurd finde ich es auch, ausgerechnet jene Gruppierungen als Mitveranstalter einer Landesfeier einzuladen, die 2006 aus Protest gegen die Konsens- und Verständigungsbemühungen des KHD eine Partnerschaft „Unser Kärnten“ gebildet hatten und die in einer „Kärnten-Erklärung“ in eklatanter Weise Unversöhnlichkeit, Kompromißlosigkeit und mangelnde Gesprächsbereitschaft erkennen lassen.

In der bereits genannten Resolution fordert der KHD-Vorstand von der Kärntner Landesregierung, insbesondere vom Kulturreferenten des Landes, die unverzügliche Einbindung des Kärntner Heimatdienstes in die Vorbereitung der Landesfeiern und deren Begleit- und Rahmenveranstaltungen, die lückenlose Information über alle schon bisher getroffenen Organisationsmaßnahmen und auch die Einbindung als Mitveranstalter in die große Landesfeier am 12. September beim Herzogstuhl, die im Zeichen der Versöhnung und Verständigung stehen muß. Veranstaltungen von Vereinen, die der Versöhnung und Verständigung zwischen der Deutschkärntner Mehrheitsbevölkerung und der slowenischen Minderheit dienen, sollten aus der angekündigten Abstimmungsspende des Bundes finanziert werden.

Josef Feldner ist Obmann des Kärntner Heimatdienstes.